

Dioxine in der Lunge machen ganz schön alt, mein Junge¹

Die Duisburger Bürgerinitiative gegen Umweltgifte im Nachlass von Michael Lefknecht

Michael Lefknecht war Mediziner und Aktivist. In Duisburg setzte er sich für bessere Luft ein und war maßgeblich am Protest gegen das „Entsorgungszentrum Duisburg“ beteiligt. Gemeinsam mit der Bürgerinitiative gegen Umweltgifte ging er der Frage nach, welche Folgen die Industrieansiedlungen im Duisburger Norden für die Anwohner*innen haben – sozial, ökonomisch und vor allem gesundheitlich.

Anne Niezgodka

Im Grunde kann anhand eines jeden Bestands, den wir im „archiv für alternatives schrifttum“ (afas)² bewahren, etwas zu sozialer Ungleichheit gesagt oder erforscht werden – die Auswahl fällt beinahe schwer. In einem Archiv, das Materialien zu „Neuen Sozialen Bewegungen“ seit 1945 sammelt, sind die Dokumente unweigerlich befasst mit der großen Vision einer gerechten Gesellschaft für alle, und zwar in einer gesunden Welt, in der Mensch, Tier und Pflanze auch in Zukunft gut leben können. Manche Gruppierungen fokussieren dabei eher das Strukturelle und Größere (den Kapitalismus), wohingegen andere sich ganz gezielt positionieren (z. B. gegen den Rassismus in Südafrika während der Apartheid). Während die Themen des Protests und Engagements interessanter-, aber auch frustrierenderweise über Jahrzehnte immer wiederkehren, ändern sich ihre Formen durchaus. So ist es heute enorm wichtig geworden, die Betroffenenperspektiven in die Artikulation miteinzubeziehen. Nicht nur, weil sich das Mindset der Aktivist*innen geändert hat, sondern auch, weil durch Social Media die Reichweite des Protests potenziert ist und so Ästhetik und Ausdruck von allen Seiten strengstens unter die Lupe genommen und sanktioniert werden können.

Mit Fridays For Future und anderen Gruppen, wie der jüngst sehr präsenten „Letzten Generation“, ist eine neue Klimabewegung entstanden, die sich um die Zukunft des Planeten sorgt und dabei vor allem die Folgen für den Globalen Süden mitdenkt. Auch ältere Umwelt- und Anti-AKW-Bewegungen kämpften für gute Lebensbedingungen der nachfolgenden Generationen. Oft setzten sie vor Ort an, um sich einem ganz bestimmten Thema zu widmen.

Ein Nachlass im afas, der solche Aktivitäten dokumentiert, ist der von Michael Lefknecht. Michael Lefknecht wurde 1948 in Hamburg geboren und studierte Human- und Zahnmedizin sowie


Psychologie in Köln, München und Münster. Seine Ausbildung zum Facharzt verschlug ihn nach Duisburg, wo er später als Allgemein- und Umweltmediziner im Norden der Stadt tätig war. Nach schwerer Krankheit verstarb Michael Lefknecht am 28. Dezember 2016. Seinen reichhaltigen politischen Nachlass hat seine Familie 2017 dem afas übergeben. Er konnte 2021 erschlossen werden und zeigt, wie stark und vielseitig das Engagement Lefknechts für Mensch und Umwelt in der Region gewesen ist. Der Kampf gegen das „Entsorgungszentrum Duisburg“ (EZD) nahm viel Raum in seinem Wirken ein: Im Duisburger Norden, im Stadtteil Marxloh, genauer im Schwegelnhafen, sollte ein Entsorgungszentrum für Giftmüll angesiedelt werden. Gegen diese Pläne formierte sich ab 1988 die Bürgerinitiative gegen Giftmüllverbrennung, später Bürgerinitiative gegen Umweltgifte genannt. Das EZD sollte unter Trägerschaft von Thyssen, RWE und zu einem kleineren Anteil auch von der Stadt Duisburg tonnenweise Müll wie Klärschlamm und Sondermüll aus ganz Europa verbrennen. Der Widerstand gegen die Müllverbrennungsanlage wurde hauptsächlich von der Bürgerinitiative, der katholischen und evangelischen Kirche sowie der Ärzteinitiative Umweltmedizin organisiert, in der Lefknecht ebenfalls engagiert war. Die Bürgerinitiative verschrieb sich aber nicht nur dem EZD, sondern setzte sich insbesondere kritisch mit der Thyssen-Stahl-AG auseinander.

Duisburger Lüfte

In den 1980er und 1990er Jahren waren die Dioxin-Emissionen nicht nur in Duisburg, sondern in vielen Gegenden Deutschlands viel höher als heute und sie stellten eine ernsthafte Gesundheitsbelastung dar.³ Lefknecht und seine Mitstreiter*innen mahn-

* E Z D *

HILF SCHNELL BEI ÜBERFLÜSSIGEN WOHLSTANDSMÜLL!
ZU RISIKEN ODER NEBENWIRKUNGEN FRAGEN SIE IHREN
ARZT ODER APOTHEKER!



"DA SOLL MAL EINER SAGEN MARXLOH
WAR! NICHT SCHÖNER GEWORDEN!"

ADRESSE FÜR DIE EINWENDUNG:
REGIERUNGSPRÄSIDENT DUISBURG
CECILIENALLEE 2
4000 DUISBURG 30

DIE BI TRIFFT SICH MONTAGS UM 20.00 UHR IM
ERNST-LOHMEYER-HAUS: DANKSTR. 25, DÜG.-MARKLOH!

KONTAKTADRESSE DER BI: GERD OUWENS, ROONSTR. 61
4100 DUISBURG 11
TEL.: 40 85 22

(ABER ERST ABSCHICKEN, WENN DIE ZEITUNGEN ÜBER DIE
ERÖFFNUNG DES PLANFESTSTELLUNGSVERFAHRENS BERICHTEN!)

SIE KÖNNEN IHRE EIN-
WENDUNG AUCH HIER AB-
GEBEN!


Damit den Mitgliedern der Bürgerinitiative
nicht vorzeitig die Puste ausgeht, sollten
Sie als Duisburger*in mithelfen!
Wir können jede Art von Beistand gebrauchen,
besonders aber finanziellen! Ihre Spende ist
steuerabzugsfähig!

Spendenkonten:

Post giroamt Essen (BLZ 360 100 43) Kt.Nr.: 807 46-439
Sparkasse Duisburg (BLZ 350 500 00) Kt.Nr.: 170-167-977

ViSdP: Alfred Prill, Pliesterkamp 26, 4100 Duisburg 11

**Bürgerinitiative geg. Umweltschiffe
Duisburg-Nord e.V.**



WISSEN SIE
WAS E Z D HEIßT ?

ES HEIßT:
ENTSORGUNGSZENTRUM-
DUISBURG!

WISSEN SIE
WAS DAS IST?

EINE
GIFTMÜLLVER-
BRENNUNGSAN-
LAGE
FÜR DEN DUISBURGER
NORDEN!

ABER NICHT
FÜR DESSEN
MÜLL ALLEIN !


DER WIRD AUS GANZ
EUROPA MIT LAST-
WAGEN ANGEKARRT!

WIEVIELE ?

2
PRO
MINUTE
NONSTOP!

SPANNENDE INFORMATIONEN
ÜBER DIE DRECKMENGEN
IM INNENTEIL !

Aufgewacht!



Flugblatt der Bürgerinitiative gegen Umweltschiffe Duisburg-Nord e.V., o. D.; © afas.

ten stetig, dass im industriell geprägten Duisburger Norden mehr Menschen an Krebs, Allergien und Bronchialerkrankungen litten als in anderen Teilen des Ruhrgebiets. Die geplante Müllverbrennungsanlage würde weitere zahlreiche Luftschadstoffe freisetzen und der Zulieferungsverkehr zusätzliche Verschmutzungen und Lärm mit sich bringen.

In der Bürgerinitiative wurde jedoch nicht nur diskutiert, welche konkret gesundheitlichen oder umweltschädlichen Folgen die Neuansiedlung einer Müllverbrennungsanlage haben würde. Sie vertrat auch einen Standpunkt, den wir heute als Plädoyer für einen „Systemwechsel“ bezeichnen würden. Sie kritisierte die politische und wirtschaftliche Ideenlosigkeit und eine Struktur, die auf mehr Müll mit mehr Müllverbrennung reagiert, anstatt auf Vermeidung und Verwertung zu setzen. Ihr war es ein Anliegen „einen Teil einer bestimmten abfallwirtschaftlichen Strategie zu kritisieren [...], die nichts anderes tut, als die vorherrschende Energie- und Ressourcenvergeudung zu verfestigen.“⁴

Die Engagierten der Bürgerinitiative machten auch auf einen andernorts vernachlässigten Aspekt aufmerksam: „Wir tragen bereits die Lasten, die mit dem Stahlstandort Nr. 1 verbunden sind! Wir wollen nicht, daß Duisburg auch noch zum Müllzentrum wird! [...] Der Duisburger Norden hat schon zuviele soziale Brennpunkte. Hier lebt ein hoher Anteil an sozial schwachen, älteren und ausländischen Mitbürgern. Viele, auch alteingesessene Geschäftsleute mußten bereits das Handtuch werfen. Ramschläden, Spielhallen und Videotheken prägen schon das Bild. Notwendige Sanierungen am Wohnungsbestand unterbleiben.“⁵

Der Bürgerinitiative ging es also einerseits um die gesundheitlichen Folgen einer Müllverbrennung in unmittelbarer Nähe, andererseits um Entwicklungsperspektiven des Stadtteils. Und ihre Ar-

gumentation verbanden sie mit dem Blick auf die Sozialstruktur des Duisburger Nordens: die hier lebenden Menschen seien ohnehin vielfach benachteiligt, so dass eine weitere Umweltbelastung besonders zu Buche schlagen würde. Die Bürgerinitiative befürchtete eine Verelendung durch weitere Abwanderung des Einzelhandels und der sozioökonomisch besser gestellten Anwohner*innen.

Im Nachlass von Michael Lefknecht findet sich ein selbstgemachter Film zum 20-jährigen Jubiläum der Bürgerinitiative 2008. Hierin werden auch Ausschnitte aus den Dokumentarfilmen von Annelie Kloth gezeigt, die den Kampf der Bürgerinitiative Anfang der

1990er Jahre filmisch begleitet hatte. Zu sehen ist unter anderem eine Demonstration durch Marxloh mit 3.000 Teilnehmenden im November 1991, nachdem der Rat der Stadt Duisburg sich kurz vorher für den Bau des EZD ausgesprochen hatte. Jutta Ouwens von der Bürgerinitiative bezeichnete Marxloh in ihrer Rede auf der Kundgebung als einen „Stadtteil, der schon fast zerbrochen ist durch die Belastung, die die Bevölkerung durch die Thyssen-Stahl-AG“ hinnehmen müsse.⁶

Die Bürgerinitiative wandte sich strikt gegen eine opportunistische Politik, die Industriestandorte selbst unter Inkaufnahme von Krankheit und Verelendung vieler Anwohner*innen erhalten wollte.

Forschungen zur Umweltgerechtigkeit zeigen, dass der Sozialstatus maßgeblich darüber entscheidet, wie sehr Menschen Umweltbelastungen ausgesetzt sind, aber auch, welchen Zugang sie zu Umweltressourcen haben. Je niedriger Einkommen, Bildung oder die gesellschaftliche Stellung sind, desto wahrscheinlicher sind Lärm, Luftverschmutzung oder Belastungen durch Hitze im unmittelbaren Lebensumfeld und desto verwehrt ist der Zugang zu Parks, Angeboten der Gesundheitsfürsorge und Erholung.⁷

Der Bürgerinitiative gelang es bemerkenswerterweise, das Thema Luft- und Umweltverschmutzung lokal zu fokussieren, minutiös und fachkundig zu dokumentieren und dabei sowohl die gesundheitliche, als auch die soziale Dimension zu berücksichtigen.

Lefknecht und Kolleg*innen studierten die Gutachten, die die Unbedenklichkeit des EZD belegen sollten. In einem Offenen Brief an alle Mitglieder des Rats der Stadt Duisburg und die Bezirksvertretungen schilderte die Ärztinitiative Umweltmedizin im Oktober 1991 die „kritiklose Gutachtergläubigkeit“ der Politik und, dass diese sich „hinter e i n e m Mediziner versteckt“, obwohl „eine politische Entscheidung“ gefordert sei.⁸ Die Initiatoren und Politiker*innen be-

zogen sich immer wieder auf ein medizinisch-toxikologisches Gutachten, das von dem Düsseldorfer Umweltmediziner Hans-Werner Schlipkötter erstellt wurde. Die Bürgerinitiative und die Ärzteininitiative kritisierten das Gutachten scharf und warfen Schlipkötter Ungenauigkeiten, Auslassungen und z.T. gar „Geklügel“ vor.

Ebenfalls im Jubiläumsfilm der Bürgerinitiative und im Dokumentarfilm von Annelie Klother zu sehen sind Bürger*innen, die vor einer Sitzung der Bezirksvertretung Ende Oktober 1991 vor dem Duisburger Rathaus demonstrierten und den einkehrenden Politiker*innen Fragen zu ihrer Position zum EZD stellten. Auch hier ließen die Befragten verlautbaren, dass es die Müllverbrennung nun einmal brauche und sie, das sei wissenschaftlich bestätigt, gesundheitlich unbedenklich sei. Auch der damalige Umweltdezernent Jürgen C. Brandt (SPD) wurde von der Bürgerinitiative vor dem Rathaus empfangen, und zwar mit den Rufen: „Brandt, der Umweltzauberer, macht Marxloh auch nicht sauberer!“ Er wurde stark dafür kritisiert, die Duisburger*innen, insbesondere die Anwohner*innen nicht informiert oder einbezogen zu haben. Zum Beispiel heißt es in einem Brief der Bürgerinitiative, der Ärzteininitiative und der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden Marxloh an den Rat der Stadt Duisburg im August 1991: „Trotz der Brisanz des Vorhabens hat es bisher keinerlei (geschweige denn eine frühzeitige) Unterrichtung der Einwohner durch den Stadtrat über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen des ‚EZD‘ gegeben.“⁹

Die Menschen der Bürgerinitiative forderten ihr Recht auf Beteiligung ein und erinnerten die Stadtpolitik daran, sich für das Wohl der Bürger*innen einzusetzen, nicht nur für die Interessen der Wirtschaft (in einem Brief an einen Auswärtigen bezeichnet Lefknecht die Stadt Duisburg polemisch als „Königreich Thyssen“).¹⁰ An den Unterlagen aus dem Nachlass von Michael Lefknecht lässt sich studieren, welcher Ausdauer und Frustrationstoleranz es bedarf, sich aktiv in demokratische Prozesse einzubringen: die Bürgerinitiative wollte Lobby für einen schon in den 1990er Jahren benachteiligten Stadtteil leisten – was durch das Bündnis aus engagierten Bürger*innen und den Kirchen, deren langem Atem und guter Öffentlichkeitsarbeit auch gelang.

Protest kostet Zeit und Geld

Es zeigt sich also einerseits, wie notwendig das Eingreifen der Zivilgesellschaft in einem Stadtteil wie Marxloh war, aber auch, welche Steine ihr dabei in den Weg gelegt wurden.

Die Bürgerinitiative hatte Probleme, ausreichend Geld für juristische Unterstützung und Sachbeistand zu bekommen. In einem Brief an einen Berliner Anwalt berichtete Michael Lefknecht Anfang 1992: „Ganz in unserer Nähe wurde jüngst für eine Hausmüllverbrennungsanlage nebst Deponie in Kamp Lintfort von den dortigen Initiativen für einen Erörterungstermin [...] 90.000,- bezahlt. Derartige Dimensionen sind für uns hier z. Zt. schlichtweg undenkbar, da die hiesige Industriearbeiterschaft bei einem 40%igem Ausländeranteil in manchen Stadtteilen in keiner Weise zu derart heroischen Spendenaktionen zu motivieren ist.“¹¹



Ein Still aus dem Film zum 20-jährigen Jubiläum der Bürgerinitiative, 2008; © afas.

Nachdem das Genehmigungsverfahren für das EZD im August 1993 in Gang gebracht wurde, hatte sich im September 1993 zunächst die Stadt Duisburg aus ihrer Beteiligung am EZD herausgezogen. Dann fand im November 1993 ein Erörterungstermin statt, zu dem Einwendungen der Bürger*innen gegen das EZD eingereicht werden konnten. Innerhalb von sechs Wochen kamen rund 27.000 Einwendungen zusammen. Die Bürgerinitiative wurde allerdings in ihrem Wirken teils ausgebremst: während RWE und Thyssen vorab die Tagesordnung erhielten, wurde der Bürgerinitiative diese erst zu Beginn der Erörterung vorgelegt. Die umfangreichen Antragsakten durfte sie sich nur nach Protesten (mit eigenem Gerät, auf eigene Kosten) kopieren. Der EZD GmbH wurde während des sechstägigen Erörterungstermins ein eigener mit Telefon und Fax ausgestatteter Raum für Besprechungen zugewiesen, während für die Einwender*innen ein Tisch im Foyer aufgestellt war. Die Erörterungstermine beschrieb die Lokalpresse als „tumultartig“. Sie blieben letztlich ohne Ergebnis. Dennoch wurden, nach achtjährigem Ringen, die Planungen für das EZD aufgegeben und die Investoren zogen den Genehmigungsantrag im Jahre 1995 zurück.

Michael Lefknecht drang tief in die Materie ein: die Unterlagen in seinem Nachlass zeugen von seiner akribischen Einarbeitung in Gutachten, Studien, Zahlen. Über Jahre beobachtete Lefknecht die Werte zur Luftverschmutzung in Duisburg. Bei der Erschließung haben wir Archivar*innen uns durch hunderte Blatt Papier zu Dioxin-Emissionen gelesen und verstanden: Lefknecht war Experte und meinte es ernst mit seinem Einsatz für ein schadstofffreieres Duisburg.

Für Lai*innen plastischer nachzuvollziehen ist die Dokumentation der Luftverschmutzung anhand der Fotos, die von den Bürger*innen gewissenhaft gemacht wurden. Auf einer CD-ROM im Nachlass von Michael Lefknecht finden sich Bilder von Hochöfen, von Qualm in prächtigen Farben über dem Marxloher Himmel, von feinstaubbedeckten Autos und von Industrieanlagen. Die



Aufnahme der Bürgerinitiative: eine Industrieanlage im Duisburger Norden, 2003–2005; © afas.



Blick in das afas-Magazin mit der in Kartons aufbewahrten Sammlung von Michael Lefknecht; © afas.

Fotos stammen von Anfang der 2000er Jahre und zeigen, dass die Luftverschmutzung zwar schon einmal schlimmer war – und zugleich, dass die Bürgerinitiative auch neben und nach dem Kampf ums EZD gut zu tun hatte. Zum Beispiel in Auseinandersetzung mit dem Thyssen-Konzern, der von der Initiative über die Jahrzehnte stets besonders scharf beobachtet wurde. Die Initiative kämpfte mit Demonstrationen, Flugblatt-Aktionen, einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit und Kontakten zu Lokalpolitiker*innen, also dem klassischen Engagement einer Bürgerinitiative, gegen die alte Thyssen-Kokerei in Bruckhausen, den Neubau des Hochofen 2 in Schwelgern und später gegen den Bau des Hochofen 8 in Hamborn. Diese Kämpfe führten zwar nicht zu einem solch durchschlagenden Erfolg wie beim EZD, waren aber dennoch eine wichtige kritische Begleitung des Stahlproduzenten. Dass es diesen unbedingt braucht, zeigt 35 Jahre nach Gründung der Bürgerinitiative ein Bericht des World Wide Fund For Nature (WWF) über die „Dirty 30“. Er analysiert die 30 CO₂-intensivsten Industrieanlagen Deutschlands: bei dem Ranking sind Duisburger Anlagen gleich sieben Mal vertreten, zwei besetzen sogar die Spitzenplätze. Fünf dieser sieben Duisburger Emittenten sind Werke von „Thyssenkrupp Steel“. ¹² Diese aktuellen Zahlen zeigen, dass sich durch Klimaerwärmung und Umweltverschmutzung nicht nur die Ungleichheiten auf der globalen Nord-Süd-Achse verfestigen, sondern auch auf der lokalen Ebene – bloß ist es in Duisburg, wie überall im Ruhrgebiet, andersherum: die Luft wird umso schlechter, die Menschen umso ärmer, die Lobby der Stadtteile umso kleiner, je weiter nördlich es geht. Die heutige Lage des Duisburger Nordens ist instabil und entspricht in vielen Teilen der Prognose einer Verelendung, die die von Michael Lefknecht mitgegründete und -gestaltete „Bürgerinitiative gegen Umweltgifte“ bereits Ende der 1980er Jahre gab: Menschen, die es sich leisten können, ziehen weg, zurück bleiben und hinzu kommen andere, sozial prekär Lebende. Extreme Armut sowie Arbeitslosigkeit sind hoch, die Infrastruktur und die Lobby des Stadtteils sind

schwach. Michael Lefknecht hätte hierzu sicherlich einiges zu sagen gehabt.

- 1 Slogan eines Plakats der Initiative.
- 2 Sie zum Archiv für alternatives Schrifttum (afas) den Beitrag von Jürgen Bacia in: Forum Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur, Heft 1/2008, Essen 2008, S. 70 ff.
- 3 Hierzu z. B. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV): Dioxine und PCB, www.bmu.de/themen/gesundheits-chemikalien/gesundheits/lebensmittelsicherheit/verbraucherschutz/uebersicht-ueber-dioxine-und-pcb/dioxine-und-pcb [Zugriff am 31.07.2023].
- 4 Schlusswort von Hermann Dierkes für die Bürgerinitiative gegen Umweltgifte beim Erörterungstermin, in: Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg-Nord e.V. (Hg.): Dokumentation des Erörterungstermins vom 8.11. bis 5.11.1993 in Sachen Entsorgungszentrum Duisburg, in: archiv für alternatives schrifttum (afas), BRO.II.3755.
- 5 BIZeitung. Eine Information der Bürgerinitiative gegen Umweltgifte DU-Nord e.V. März/April 1992, in: afas, 12.III.62.
- 6 Jutta Ouwens auf der Demonstration am 2.11.1991, Minute 5:22 in der Dokumentation 20 Jahre BI gegen Umweltgifte Duisburg, 2008, bislang ohne afas-Signatur. Sowie der erwähnte Dokumentarfilm von Annelie Klother: Duisburger Luft. Begleitung der Arbeit einer Bürgerinitiative (Teil 1, 2, 3). 1991-1994.
- 7 Siehe u. a. Bunge, Christiane/ Böhme, Christa: Umweltgerechtigkeit, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.), Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden, 2019, <https://leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/umweltgerechtigkeit/> [Zugriff am 29.06.2023].
- 8 Offener Brief der Ärzteinitiative Umweltmedizin Duisburg e.V. an alle Mitglieder des Rates der Stadt Duisburg und die Mitglieder der Bezirksvertretungen Hamborn, Walsum und Meiderich, 25.10.1991, in: afas, NLP.20:104.
- 9 Bürgerantrag der Bürgerinitiative gegen Giftmüllverbrennung, Ärzteinitiative Umweltmedizin Duisburg e.V., Evangelische Kirchengemeinde Duisburg-Marxloh, Katholische Kirchengemeinde St. Peter, Duisburg Marxloh, 29.8.1991, in: afas, NLP.20:12.
- 10 Brief von Michael Lefknecht an Rechtsanwalt R.G., Anfang 1992, in: afas, NLP.20:104.
- 11 Ebda.
- 12 World Wide Fund For Nature (WWF): Dirty Thirty. Emissionen des Industriesektors in Deutschland, Berlin 2023, www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Klima/WWF-DirtyThirty-Emissionen-Industrie.pdf [Zugriff am 31.07.2023].